

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 179 (2013)

Heft: 1-2

Artikel: Handelsblatt-Konferenz : Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

Autor: Gubler, Hans-Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Handelsblatt-Konferenz: Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

An der zum neunten Mal in Berlin durchgeführten Konferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» diskutierten rund 350 Vertreter aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie über die aktuellen Herausforderungen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte sowie über die Probleme der Verteidigungs- und Rüstungspolitik im Zuge der Multinationalisierung und Globalisierung.

Hans-Peter Gubler, Redaktor ASMZ

Der deutsche Verteidigungsminister de Maizière äusserte sich zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen in Europa und zur laufenden Bundeswehrreform. Durch die verstärkte strategische Ausrichtung der Amerikaner in Richtung Asien und Pazifik wird Europa stärker für die eigene Sicherheit sorgen müssen, sagte der Minister. «Noch bleibe die gemeinsame Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hinter ihren Möglichkeiten zurück». Er betonte gleichzeitig die Anstrengungen Deutschlands und der Bundeswehr, die gewillt seien, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Die

ationale Zielvorgabe der Bundeswehr liege darin, Konflikte auf Distanz zu halten und bei Bedarf auch Führungsverantwortung als Rahmennation in multinationalen Operationen zu übernehmen. Das breite Fähigkeitsspektrum lasse sich mit den verfügbaren Ressourcen aber nur mit dem Prinzip «Breite vor Tiefe» durchhaltetfähig realisieren.

Keine Alternative zur Bundeswehrreform

Gemäss de Maizière gibt es in Deutschland keine Alternative zur laufenden Bundeswehrreform. Sowohl die Reform als auch der Wechsel zur Freiwilligenarmee

seien trotz finanzieller Engpässe auf Kurs; eine Nachsteuerung, respektive Anpassungen seien aber im späteren Verlauf unumgänglich. Zudem könne auf Grund der absehbaren demografischen Entwicklung der künftige Bedarf nur mit einer weiter verbesserten Personalgewinnungsorganisation erreicht werden.

Gemäss neusten Zahlen konnte die Bundeswehr im Jahre 2012 über 10 000 Freiwillige rekrutieren; dies sind doppelt so viele wie anfänglich erwartet worden war. Bis Ende November 2012 hatten sich

Verteidigungsminister de Maizière (links) an der Handelsblattkonferenz 2012.

Bild: EUROFORUM/D. Gust.



zudem gegen 16 000 junge Männer und Frauen für den Dienst verpflichtet – und zwar für Zeiträume zwischen 4 und 25 Jahren. Von den rund 10 000 Bewerbern für die Offizierslaufbahn wurden 1600 aufgenommen.

Ebenfalls äusserte sich der Minister zur Anfrage der Türkei nach einer Stationierung von «Patriot»-Luftabwehrsystemen an der Grenze zu Syrien. «In der Lage, in der sich die Türkei befindet, gebiete es die Bündnissolidarität und die politische Klugheit, eine Unterstützung mit Flugabwehrsystemen solidarisch zu prüfen. Es gehe darum zu zeigen, dass jede Eskalation auf die Türkei vom ganzen Bündnis abgelehnt und beantwortet wird», betonte de Maizière. Die Verlegung von «Patriot»-Systemen an die türkisch-syrische Grenze sowie die Entsendung militärischer Ausbilder nach Mali sind die aktuellsten Einsätze der Bundeswehr.

Verteidigungsindustrie muss sich anpassen

Die Neuausrichtung der europäischen Streitkräfte fordert von der Industrie ein hohes Mass an Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Innovations- wie Reaktionsvermögen. Im Gegenzug benötigt eine leistungsfähige Rüstungsindustrie als integraler Bestandteil staatlicher Souveränität aber auch gemeinsam tragbare Lö-

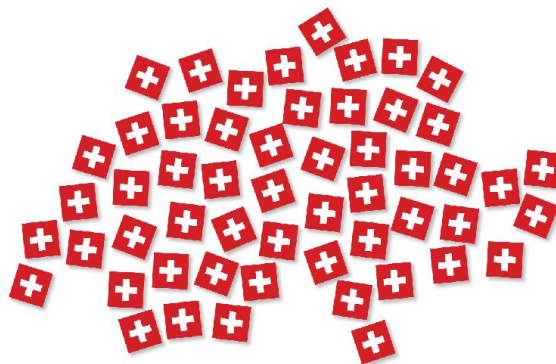


Bundeswehr hat zwei Feuerinheiten «Patriot PAC-3» in die Türkei verlegt. Bild: Bundeswehr

sungen und langfristige Investitionssicherheit, stellte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie während der Tagung fest. Internationale Kooperationen sowie die Erschliessung neuer Exportmöglichkeiten (Asien, Südamerika usw.) sind heute für die wehrtechnische Industrie in Europa unerlässlich.

Die NATO nach Afghanistan

In ihren Referaten befassten sich sowohl General aD Ramms, ehemaliger Befehlshaber Allied Joint Force Command in Brunssum als auch General Glatz, Kdt des Einsatzführungsstabes der Bundeswehr mit der Zukunft der NATO sowie der Situation bei den laufenden multinationalen Truppeneinsätzen. Nach über zehn Jahren Militäreinsatz werden die ISAF-Truppen die Sicherheitsverantwortung Ende 2014 an die afghanischen Sicherheitskräfte abgeben. Die NATO werde auch noch nach 2014 in Afghanistan eine wichtige Rolle spielen, vorgesehen sei eine Unterstützung bis zum Jahre 2024. Gegenwärtig liegt die Priorität bei der Rückführung eigener Truppen sowie bei der schrittweisen Übergabe von Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte. Die nächsten beiden Jahre 2013/2014 wurden von General Glatz als grosse Herausforderung für die NATO dargestellt. Die Planungen für die Nachfolgemission ITAAM (International Training, Assistance and Advisory Mission) dürften erst im Verlaufe 2013 konkret werden. Dazu müssten vorerst die völkerrechtlichen Grundlagen in Form einer neuen UNO-Sicherheitsresolution geschaffen werden; zudem müsse eine Einwilligung der afghanischen Regierung vorliegen. ■



Gemeinsam für Sicherheit
Ensemble pour la sécurité
Insieme per la sicurezza